

# Bali: Zwei Männer festgenommen

Indonesische Behörden nach den Anschlägen unter Druck

KUTA: Nach den Terroranschlägen auf Bali wächst der internationale Druck auf die Ermittler. Die USA argwöhnten, ein Fahndungserfolg der indonesischen Behörden sei «unwahrscheinlich». Indonesische Polizei meldete aber eine erste Spur.

Polizeichef Da'i Bachtiar sagte, als Hauptverdächtiger gelte ein Indonezier, dessen Personalausweis am Tatort gefunden worden sei. Beamte hätten seine Wohnung durchsucht und Familienangehörige befragt. Ein Bruder des Verdächtigen und ein weiterer Mann würden wegen «verwirrenden Angaben» besonders intensiv verhört. Ins-

gesamt 50 Personen seien bisher verurteilt worden, sagte der Polizeichef auf Bali, Budi Setiawan. Bisher sei aber niemand verhaftet worden.

### Anti-Terror-Erlass

Laut Polizei gibt es zwei besonders wichtige Zeugen. Einer von ihnen, ein Wachmann im «Sari Club», wurde bei den Explosionen verletzt. Er hat möglicherweise beobachtet, wer das Auto parkte, in dem eine der beiden Bomben versteckt war. Beim Sprengstoff handelte es sich vermutlich um C-4 und TNT, sagte ein Ermittler. Nach Australien und Indonesien vermutet auch die US-Regierung, dass das Terrornetzwerk El Kaida hinter den verheerenden Anschlägen mit 189 Toten und über 300

Verletzten stehen könnte. Das US-Aussenministerium glaubt indessen nicht an einen Fahndungserfolg der indonesischen Behörden. Zwar würden örtliche Behörden intensiv ermitteln, doch ihre Bemühungen blieben letztlich ohne Ergebnis.

Indonesien wies diese Mutmassungen umgehend zurück und kündigte einen Anti-Terror-Erlass an. Da es noch kein Gesetz gebe, habe die Regierung zurzeit Schwierigkeiten, Vorkehrungen gegen Terroraktionen zu ergreifen, hiess es in Parlamentarierkreisen.

### Schwächen bei Ermittlungen

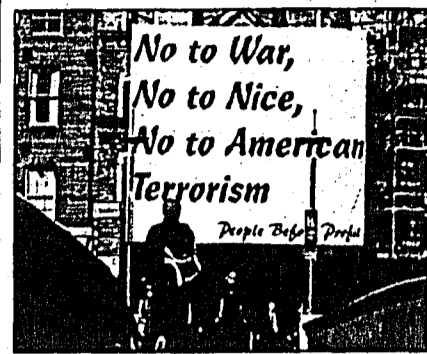
Bei den Ermittlungen offenbarten sich erste Schwächen. So wurde der

Anschlagort erst gestern für die Spurensuche abgeriegelt. Zuvor waren zahlreiche Angehörige der Opfer, Journalisten und Zaungäste durch die völlig verwüstete Strasse in Kuta gelaufen. Canberra entsandte über 50 Polizisten und Geheimdienstler nach Bali. Sie arbeiten mit Spezialisten aus Deutschland, Japan, Grossbritannien und den USA zusammen.

### Probleme bei Identifikation

Die Behörden stehen wegen der tropischen Witterung unter grossem zeitlichen Druck, die Toten zu identifizieren. Oft helfen nur Gen-Analysen und der Vergleich von Zahnabdrücken, da von vielen Opfern nur einzelne Körperteile übrig geblieben sind.

## Abstimmung über EU-Reformvertrag



DUBLIN/LONDON: In der Europäischen Union kann nicht sein, was nicht sein darf. Deswegen sind 2,9 Millionen Iren aufgerufen, am kommenden Samstag bei einer Volksabstimmung Ja zum EU-Reformvertrag von Nizza zu sagen. Eigentlich haben sie die Frage schon beantwortet: Im Juni vergangenen Jahres stimmten 54 Prozent dagegen und nur 46 dafür. Dieses Votum des Souveräns sorgte freilich nicht nur bei den Politikern in Dublin, sondern in der gesamten EU für Entsetzen.

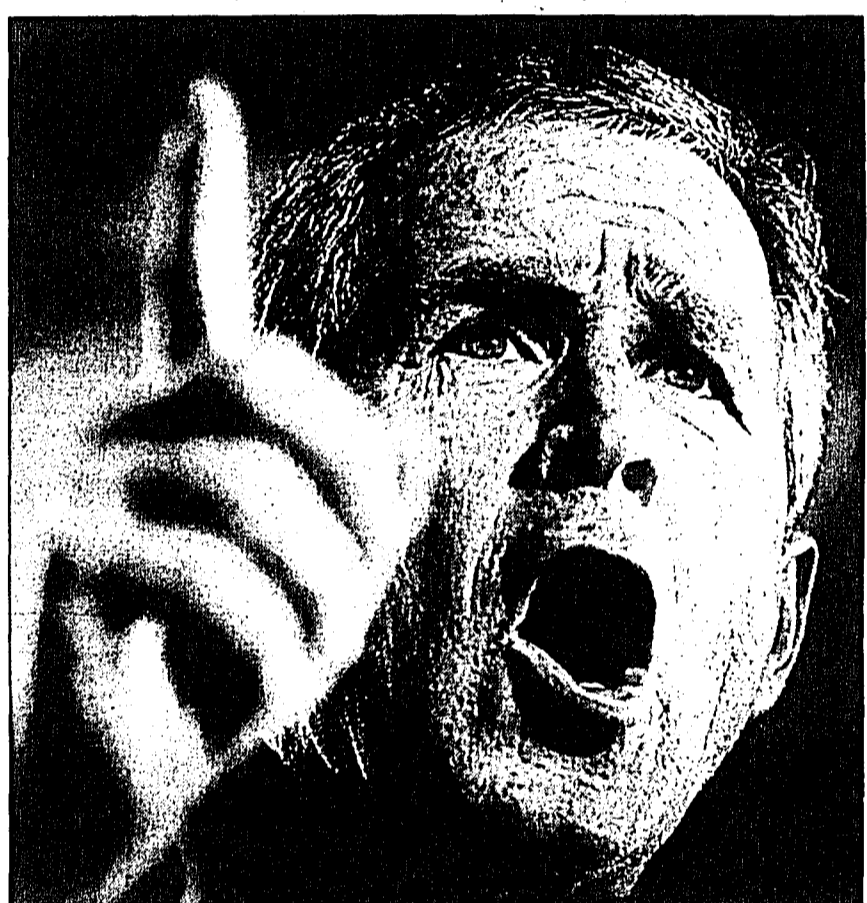
## USA zu «Zwei-Fronten-Krieg» bereit

Bush warnt vor Verbindung zwischen Irak und El Kaida - Neuer Luftangriff auf Stellungen im Südirak

WASHINGTON: Die jüngsten Anschläge in Kuwait, Jemen und Indonesien sind nach Ansicht der USA das Werk der El Kaida. Zugleich warnte Präsident George W. Bush erneut vor einer Verbindung zwischen diesem Terrornetzwerk und dem Irak. Dessen Staatschef Saddam Hussein wolle El Kaida als Vorauskommando gegen den Westen einsetzen, um auf diese Weise keine eigenen Fingerabdrücke zu hinterlassen. Unterdessen bombardierten alliierte Kampfflugzeuge gestern abermals Stellungen in der südirakischen Flugverbotszone.

«Das ist ein Mann, von dem wir wissen, dass er Verbindungen zu El Kaida hat», sagte Bush vor republikanischen Parteifreunden in Michigan über Saddam Hussein. Zuvor hatte er bereits vor Journalisten in Washington betont, Irak sei Teil des Anti-Terror-Kampfes: «Wir werden notfalls den Krieg gegen den Terrorismus an zwei Fronten ausfechten.»

Den jüngsten Attentaten liege dasselbe Muster zu Grunde, sagte Bush weiter. Sie hätten gemeinsam, dass sie freiheitsliebende Menschen einschüchtern und töten sollten. Der Anschlag auf Bali scheine mit El Kaida in



Für Präsident George W. Bush steht fest, dass Saddam Hussein über chemische und biologische Waffen verfügt und den Besitz von Atomwaffen anstrebt.

Verbindung zu stehen, und der Anschlag auf den französischen Tanker «Limburg» in Jemen hänge ebenfalls damit zusammen. Auch die Angriffe auf US-Soldaten in Kuwait spiegelten «das internationale Wesen dieser Zellen, dieser mörderischen Zellen» wider. Klare Beweise für Verbindungen zwischen El Kaida und Irak legte Bush abermals nicht vor.

### UN-Inspektoren warten auf neue Resolution

Ungeachtet der Aussagen stellte sich Saddam Hussein gestern den irakischen Wählern, um sich für eine weitere siebenjährige Amtszeit bestätigen zu lassen. Einen Gegenkandidaten gab es nicht. Die Regierung war bemüht, eine noch höhere Zustimmungquote als im Oktober 1995 zu erreichen. Damals hatten nach offiziellen Angaben 99,96 Prozent der Wahlberechtigten für Saddam Hussein gestimmt. Auch diesmal bildeten sich vor den Wahllokalen schon früh lange Schlangen. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien teilte mit, die UN-Waffeninspektoren würden erst dann in den Irak zurückkehren, wenn eine neue Resolution des Welt sicherheitsrats ihr Mandat präzisiert habe.

## Festnahme nach Anschlag

HELSINKI: Drei Tage nach der tödlichen Bombenexplosion in einem Einkaufszentrum bei Helsinki hat die finnische Polizei gestern einen 17-Jährigen unter dem Verdacht der Mithilfe festgenommen. Drei weitere Personen würden im Zusammenhang mit der Tat vernommen, sagte Polizeichef Tero Haapala. Der mutmassliche Täter, ein 19-jähriger Chemiestudent, war bei dem Anschlag in Vantaa zusammen mit sechs weiteren Menschen ums Leben gekommen. In Finnland war am Dienstag Tag der Trauer, die Flaggen im ganzen Land wehten auf Halbmast.

## Geld als Motiv

FRANKFURT/MAIN: Jakob von Metzler musste offenbar sterben, weil sein Mörder Geld brauchte. Nach dem Geständnis des 27-jährigen Studenten Magnus G. erklärte die Frankfurter Staatsanwaltschaft gestern; als Motiv der Tat müsse die Beschaffung von Geld angenommen werden. Verteidiger Hans Ulrich Endres erklärte, diese Darstellung sei zwar verkürzt, aber nicht falsch. Natürlich stehe aber noch viel mehr hinter der Tat. Das eigentliche Motiv müssten Psychologen ergründen.

## Mufti Ikrema Sabri festgenommen

JERUSALEM: Die israelische Polizei hat den obersten islamischen Geistlichen von Jerusalem, Mufti Ikrema Sabri, gestern drei Stunden lang in Gewahrsam genommen. Dabei ging es um ein Zeitungsinterview, in dem Sabri Selbstmordanschläge gerechtfertigt haben soll. Beim Angriff auf einen israelischen Bus nördlich von Dschenin wurden vier Menschen verletzt, zuvor waren in der Stadt im Westjordanland zwei militante Palästinenser erschossen worden. Der israelische Verteidigungsminister Benjamin Ben Elieser stellte einen baldigen Truppenabzug aus Hebron in Aussicht.

## Waffenstillstand vereinbart

NAIROBI: Die sudanesishe Regierung und die Rebellenbewegung SPLA haben sich gestern auf einen Waffenstillstand geeinigt. Er soll in ganz Sudan gelten, solange die Bürgerkriegsparteien Friedensgespräche führen. Der Waffenstillstand tritt demzufolge am Donnerstag um die Mittagszeit in Kraft. Die Gespräche zwischen Regierung und SPLA dauern voraussichtlich bis zum Jahresende. Dem seit 1983 anhaltenden Konflikt und den daraus resultierenden Hungersnöten sind bislang mehr als zwei Millionen Menschen zum Opfer gefallen.

### London hofft auf Wiederbelebung

BELFAST: Die Unruheprovinz Nordirland wird seit gestern wieder direkt aus London regiert. Der britische Nordirlandminister John Reid äusserte jedoch die Hoffnung auf eine baldige Wiederbelebung der Belfast Regionalregierung. «Ich hoffe, dass die politischen Institutionen rasch wieder hergestellt werden können», sagte Nordirlandminister Reid vor dem britischen Unterhaus.

Um Mitternacht (Ortszeit) war die von der britischen Regierung verfügte Suspendierung der katholisch-protestantischen Regionalregierung und des Regionalparlaments in Kraft getreten.

Es ist seit Abschluss des Friedensabkommens von Ostern 1998 bereits das vierte Mal, dass die weitgehend unabhängigen politischen Institutionen Nordirlands ausgesetzt werden. Die Suspendierung wurde diesmal zeitlich nicht begrenzt. Die politische Situation in der Provinz war wegen des anhaltenden Streits um die Regierungsbeteiligung der katholischen Partei Sinn Fein in eine totale Sackgasse geraten.

Sie eskalierte zur Krise, als die Polizei bei Durchsuchungen der Parteilokale von Sinn Fein Anfang Oktober angebliche Beweise über einen «Spionagering» fand. Die Partei soll danach im Auftrag der IRA das britische Nordirland-Ministerium in Belfast monatelang ausspioniert haben.

### Das neue deutsche Kabinett ist komplett

BERLIN: Die deutschen Sozialdemokraten und Grünen haben sich nach zähen Verhandlungen auf die Ressortverteilung im neuen Kabinett geeinigt. Die SPD besetzen zehn Ministerposten, die Grünen bleiben bei drei. SPD-Fraktionschef Franz Müntefering und Grünen-Chefin Claudia Roth gaben am Abend die Ressortverteilung bekannt. Die Grünen erhalten zusätzliche Kompetenzen. So erhält Umweltminister Jürgen Trittin

den Bereich «Erneuerbare Energien». Wie verlautete, wird die ehemalige bayrische SPD-Chefin Renate Schmidt neue Familienministerin. Innenstaatssekretärin Brigitte Zypries soll das Justizressort übernehmen. Leipzigs SPD-Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee das Ressort «Verkehr und Bau». Die wichtigsten Ressortbesetzungen standen bereits fest. Der Grüne Joschka Fischer bleibt Aussenminister, der SPD-Politiker Schily In-

nenminister. Neuer Super-Minister für Wirtschaft und Finanzen wird der nordrhein-westfälische SPD-Ministerpräsident Wolfgang Clement.

Der SPD-Politiker Hans Eichel bleibt Chef im Finanzressort, sein Parteikollege Peter Struck Verteidigungsminister. Neben dem grünen Umweltminister Trittin behält auch seine Partei-Kollegin Renate Künast ihr Ressort für Konsumentenschutz und Landwirtschaft.

## Schärfere Massnahmen gefordert

Einfluss der Tabakkonzerne begrenzen - «Todesuhr tickt»

GENEVE: Die Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Gro Harlem Brundtland (Bild), hat die Regierungen in aller Welt zu einem raschen und härteren Vorgehen gegen das Rauchen und zur Eindämmung des Einflusses der Tabakkonzerne aufgefordert. Brundtland erklärte gestern zum Auftakt einer weiteren Gesprächsrunde für ein Tabakabkommen, jede Verzögerung bedeute weitere Tote. Sie sprach sich für ein Tabak-Werbeverbot, deutliche Steuererhöhungen und einem besseren Schutz vor dem Passivrauchen aus.

Die WHO-Leiterin enthüllte eine «Todesuhr», die zeigt, dass seit Beginn der Verhandlungen vor drei Jahren 11,9 Millionen Menschen im Zusammenhang mit dem Rauchen stehenden Krankheiten gestorben sind.

